

# Das Profil schärfen

## Die Partei Die Linke zwischen Systemkritik, Reformismus und Selbstaufgabe

Werner Seppmann

Viele aktuelle Entwicklungen in der Linkspartei sind beunruhigend. Und tatsächlich ist die Lage ernst: Es gibt Flügelkämpfe, die sie vor eine Zerreißprobe stellen. Protagonisten dieser Auseinandersetzung sind zwei Strömungen, die schon seit drei Jahrzehnten konträr positioniert sind. Da gibt es einerseits Kräfte, die konsequent an einer sozialistischen Zielsetzung in Opposition zum BRD-Kapitalismus festhalten, und auf der anderen Seite eine Strömung, deren Bestreben es ist, sich innerhalb des politischen Institutionengefüges der BRD zu etablieren. Es sei eine Bedingung von »Politikfähigkeit«, so lautet die Maxime dieser Gruppe, die sich selbst als »moderne Sozialisten« bezeichnet hat, in der »Bundesrepublik anzukommen«. In ihren programmatischen Stellungnahmen werden mit Nachdruck Argumente für die Legitimation eines im Kern reformistischen Kurses, also die Sozialdemokratisierung der Partei, vorgetragen.

### Verlust der Glaubwürdigkeit

Mit der Einflusszunahme einer rechtspopulistischen Bewegung und dem Erfolg der AfD als Partei der »Verunsicherten« ist in dramatischer Weise deutlich geworden, dass es so wie bisher nicht weitergehen kann. Der gegenwärtige Wählerzuspruch für die Linkspartei kann nur als unbefriedigend angesehen werden. Die 5,5 Prozent bei der Wahl zum Europaparlament waren ein weiterer Tiefpunkt. Elementare Fragen drängen sich auf: Warum wird Die Linke von den in Bedürftigkeits- und Bedrängungsverhältnissen Lebenden, den prekär Beschäftigten und den Arbeitslosen nicht als »natürliche« Vertreterin ihrer Interessen angesehen?

Zwar wird von diesen Gruppen nicht automatisch die AfD gewählt, aber sie kann doch mit einer relevanten Wahlunterstützung rechnen. Bei der Linkspartei ist der Zuspruch hingegen dramatisch zurückgegangen: Während sie 2005 noch von 24 Prozent der Arbeitslosen gewählt wurde, waren es 2017 nur noch elf Prozent. Aber noch bedenklicher ist, dass die Vertreter der Linkspartei bei vielen sogar als Bestandteil eines alltagsfernen Politikbetriebs angesehen werden, von dem nicht mehr viel zu erwarten sei.

Gründe für einen solchen Glaubwürdigkeitsverlust gibt es viele: Beispielsweise erinnern sich nicht wenige noch daran, dass die vormalige Partei des demokratischen Sozialismus (PDS) auch in Berlin für den Verkauf kommunaler Wohnungen (mit-)verantwortlich war. Das erschwert nun eine überzeugende Beteiligung an dem Volksbegehren zur Enteignung großer Immobilienkonzerne. Auch steht die Parole des langjährigen Partei- und Fraktionsvorsitzenden Gregor Gysi, dass es »eine Verstaatlichung der Produktionsmittel nicht mehr geben« werde, immer noch im Raum.

### »Aufstehen« – aber konsequent!

Die Gründung der Sammlungsbewegung »Aufstehen« war Ausdruck einer verbreiteten Unzufriedenheit mit der bisherigen Parteipolitik. Weil aber nicht klar artikuliert wurde, was anders gemacht werden müsste, ist eine Ausstrahlung über den Kreis bisheriger Linkspartei-Wähler hinaus nicht gelungen. Die Sammlungsbewegung müsste jedoch einen Kontrast zur bisherigen politischen Praxis der Partei darstellen, wenn ihre Aktivitäten Sinn ergeben sollen: Um welche praktischen Umsetzungsschritte geht es, wenn Forderungen nach »größerer sozialer Gerechtigkeit« und einer aktiven Antiarmutspolitik erhoben werden? Und wie müsste der vielbeschworene »Kampf gegen rechts« konkret aussehen? Präzisierungen und auch Revisionen der bisherigen Konzepte scheinen notwendig, wenn eine aktivierende Wirkung erzielt werden soll, denn sozialpolitische Forderungen und ein formelhafter Antifaschismus waren ja auch schon bisher Bestandteil der Politik der Linkspartei, ohne dass ihre

Anziehungskraft dadurch hätte gesteigert werden können. An viele ihrer bisherigen Forderungen könnte angeknüpft werden – aber nur als Bestandteil eines überzeugungsfähigen Gesamtkonzeptes auf kapitalismuskritischer Grundlage. Pointiert formuliert: Die Partei Die Linke bräuchte mehr Marx – aber tatsächlich orientiert sie sich, wie von ihren reformistischen »Vordenkern« gefordert, an den Manipulationskategorien akademischer Sozialwissenschaften.

Von der Existenz eines problemangemessenen theoretischen Horizonts kann auch in der »Aufstehen«-Bewegung bisher kaum die Rede sein. Aber ein radikales Denken könnte durchaus auf fruchtbaren Boden fallen, denn schon lange existiert eine antikapitalistische Stimmung in der Bevölkerung, wenn oft auch in indirekten Formen, z. B. als Vorbehalt gegen Globalisierung und Eliten. Aber von dieser geht keine aktivierende Wirkung aus, weil eine Vermittlung mit politischen Kräften, überzeugenden Gestaltungshorizonten und neuen Solidaritätsperspektiven ausbleibt.

Eine Frage müsste zuallererst gestellt werden: Kann es eine grundlegende Umgestaltung der Arbeits- und Lebensverhältnisse ohne strukturelle Umwälzungen überhaupt noch geben, so wie es von den meisten »Reformalternativen« der Linkspartei (gewöhnlich stillschweigend) vorausgesetzt wird? Können die Interessen einer Bevölkerungsmehrheit noch überzeugend vertreten werden, ohne konzeptionell über die Grenzen des Gegenwärtigen hinauszugehen?

Zwar fehlt es auch im »realpolitischen« Lager nicht an antikapitalistischer Rhetorik, aber Kritik wird vorrangig in einem »legalistischen« Rahmen geübt. Zweifellos hat Gregor Gysi oft kritikwürdige Sachverhalte eindrucksvoll zur Sprache gebracht. Jedoch waren seine Ausführungen niemals radikal in dem Sinne, dass er den gesellschaftlichen Problemen auf ihren kapitalistischen Grund gegangen wäre. Die thematisierten Widerspruchsentwicklungen hat er immer nur als korrigierbare »Abweichungen« von einer grundsätzlich akzeptablen Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung behandelt.

Auch die Interviews der Partei-Kovorsitzenden Katja Kipping hinterlassen oft einen unbefriedigenden Eindruck: Verbindungen zu den Klassenverhältnissen, aber auch den konkreten Alltagssorgen der Menschen, sind kaum zu erkennen. Und es fehlt eine gesamtgesellschaftliche Perspektive sowie eine progressive Phantasie. Das ist nicht individuellem Unvermögen geschuldet, sondern Ausdruck von politisch-konzeptionellen Defiziten: Es reicht beispielsweise nicht aus, anklagend auf die soziale Geißel Arbeitslosigkeit hinzuweisen, sondern es wäre notwendig, zugleich die strukturelle Absurdität des realen Kapitalismus zu thematisieren, die sich auch darin ausdrückt, dass trotz aller Produktivitätsfortschritte die Parole vorherrscht, dass »wir mehr arbeiten« sollen!

## Sprach- und hilflos

Geradezu beschämend aber ist, dass während sich durch eine zunehmende elektronische Erfassung und Verhaltenssteuerung schleichend ein neuer Herrschaftsmodus durchsetzt, die Parteivorsitzende die interessengeprägte Sichtweise des IT-Kapitals (mit Unterstützung von »Ex-Piraten-Frauen«) vertritt.<sup>1</sup> Aber regelrecht ein Skandal ist es, dass angesichts eines faktischen »Kriegs der Gesellschaft gegen sich selbst« (Frank Schirrmacher) auf digitaler Grundlage die Partei Die Linke nicht nur sprachlos ist, sondern mit parteiadministrativen Mitteln sogar versucht wird, die Diskussion über das Verhältnis von Computer und Gesellschaft zu verhindern. Eine Partei aber, die bei dieser schicksalhaften Zukunftsfrage keine reflektierte Position besitzt, ist weitgehend politikunfähig.

Immer wieder manifestiert sich in den Stellungnahmen der Linkspartei eine beschämende Hilflosigkeit gegenüber herrschaftskonformen Sichtweisen, beispielsweise, wenn von »unserer pluralen Gesellschaft« gesprochen wird, oder wenn sie während des Wahlkampfs zum Europaparlament einem europapolitischen Illusionismus das Wort redet: »Die Europäische Union ist ein Friedensprojekt. Nationale Kapitalinteressen sollen nie wieder zu Krieg führen und kooperativ ihren Ausgleich finden«, heißt es etwa in der Zeitschrift Betrieb und Gewerkschaft (1/2019) der gleichnamigen parteiinternen Arbeitsgemeinschaft.

Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall: Die Militarisierung Europas schreitet voran, und die EU formiert sich zu einem Faktor mit globaler Interventionsfähigkeit. Unter dem Stichwort einer »gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik« wird eine Militarisierung betrieben, die sich der Sicherung lebenswichtiger Rohstoffe und der globalen Handelswege verpflichtet fühlt.

Auch die Ankündigung, für ein »soziales Europa« zu kämpfen, wirkt wie eine Verlegenheitsparole, nicht aber wie ein Konzept, das den realen Konflikten gerecht wird, denn die sozialpolitischen Initiativen der EU waren bisher hauptsächlich von der Durchsetzung neoliberaler Prinzipien geprägt. Viele der »progressiven« europapolitischen Orientierungen laufen auch deshalb ins Leere, weil ein konkreter sozialpolitischer Fortschritt auf lange Sicht weiterhin nur auf nationalstaatlicher Ebene erreicht werden kann. Das gilt u. a. für die Arbeitslosenversicherung, die Renten und das Arbeitsrecht.

## Abschied vom Klassenkampf

Die programmatische Hilflosigkeit ist kein Zufall, denn von einem realistischen Verständnis der sozioökonomischen Widerspruchsentwicklung hat sich der tonangebende »Moderne«-Flügel schon lange verabschiedet. Eine fundamentale Kritik des Kapitalismus wird ebenso wie das Denken in Klassenkategorien als überholt angesehen: Nach der Vorstellung von Michael Brie (lange Zeit Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung) soll die Gesellschaft »nicht mehr nach Freund-Feind-Gesichtspunkten« eingeteilt werden.

Auch nach den Worten von Prof. Dieter Klein (der wesentliche Merksätze zum »modernen Sozialismus« formuliert hat) solle Abstand vom »klassenfixierten Denken« genommen werden und linke Politik sich statt dessen an allgemeinen Menschheitsinteressen und am persönlichen Engagement »individualisierter Subjekte« orientieren. Selten hat Dieter Klein in der ersten Reihe agiert, aber der programmatische Einfluss dieses zu DDR-Zeiten als Professor für »Politische Ökonomie des Kapitalismus« agierenden und gleich nach der »Wende« zum Lehrstuhlinhaber für die »Ökonomischen Grundlagen der Politik« an der Humboldt-Universität mutierten Karrierewissenschaftlers kann nicht überschätzt werden. Schon in den 1980er Jahren hatte Klein mit seinen Thesen zur »strukturellen Friedensfähigkeit des Kapitalismus« (!) Aufsehen erregt. Aber auch seine Thesen von einer »zivilisatorischen« Innovationsfähigkeit der Marktvergesellschaftung oder einer »evolutionären« Überlegenheit des Realkapitalismus wurden von ihm schon in seinem 1988 noch in der DDR erschienenen Buch »Chancen für einen friedensfähigen Kapitalismus« präsentiert.

Da man in großen Teilen des Parteiapparates sich anscheinend schon mit der geringen Zustimmung der »Mühseligen und Beladenen« abgefunden hat, sucht man das Heil nun bei den »progressiven urbanen Mittelschichten«, ohne sich bewusst zu sein, dass auch bei den Sozialdemokraten in den Schröder-Jahren die Orientierung auf eine »neue Mitte« (ebenfalls in der Lesart einer reduktionistischen akademischen »Milieuforschung«, die sich vorrangig an Konsummustern orientiert und dabei ausdrücklich die Frage nach der herrschenden Klasse ausklammert) den Beginn ihres politischen Abstiegs markiert.

Natürlich sind diese städtischen Milieus ein wichtiger Adressat für sozialistische Politik, jedoch kann die Aufmerksamkeit in ihren Reihen, nur eine »Ergänzung« zu einer breiten Zustimmung in den gesellschaftlichen »Basisbereichen« sein – um die viel zielstrebigere gerungen werden müsste –, zumal die Gefahr besteht, dass sich die Linkspartei in den Niederungen affirmativer Zeitgeistkulturen verirrt, weil sie nicht über genügend eigene intellektuelle Prägekraft verfügt. Kulturelle Hegemonie ist jedenfalls nicht durch die vorbehaltlose Akzeptanz von durch Konsummuster geprägte Selbstdarstellungsrituale zu erreichen.

Das aktuelle Buch von Bernd Riexinger über die »Neue Klassenpolitik« stellt zwar eine respektable Beschäftigung mit der Klassenfrage dar, auch wenn die »Novität« nur darin besteht, dass schon lange Erarbeitetes und Diskutiertes mit dem Etikett des »Neuen« versehen wird. Aber auffällig ist, dass die von Riexinger vermittelten Einsichten in der praktischen Politik ebenso wie in den parteiinternen Diskussionen nur eine untergeordnete Rolle spielen – wenn sie nicht sogar, wie regelmäßig in der RLS-Zeitschrift Luxemburg, regelrecht konterkariert werden.

Aber auch in seriöseren Diskussionsbeiträgen über die Klassenfrage bleiben wesentliche Aspekte oft unterbelichtet. Beispielsweise, wird der Klassenwiderspruch weitgehend auf materielle »Partizipation«, also die Ressourcenverteilung beschränkt. Die Kehrseite dieser Konzentration auf die »Gerechtigkeitsfrage« in großen Teilen der Partei Die Linke ist der Verzicht auf die Auseinandersetzung mit der Machtfrage. Es existiert eine geradezu demonstrative Ignoranz gegenüber den »verborgenen Mechanismen der Klassenherrschaft« (Ekkehard Lieberam). Ebenso wird zwar über die skandalöse Vermögensungleichheit gesprochen, jedoch darüber geschwiegen, dass mit der Kapitalkonzentration soziale Verfügungsmacht und kulturelle Prägekraft verbunden sind.

## Reform und Revolution

Ein entwickeltes Problembewusstsein über die gesellschaftlichen Widerspruchsformen setzt zwingend die Auseinandersetzung mit der Frage voraus, ob die Elementarinteressen einer Bevölkerungsmehrheit noch mit einer politischen »Stückwerktechnologie« und in »Kooperation« mit dem herrschenden Block zur Geltung gebracht werden können. Denn Tatsache ist, dass die sozialen Widersprüche eskalieren und ein sozialer Abwärtssog unübersehbar geworden ist: Fast ein Viertel der BRD-Bevölkerung lebt in Armut, und 40 Prozent der abhängig Beschäftigten erhalten niedrigere Reallöhne als noch vor zwei Jahrzehnten.

Die Debatte über die Reformfähigkeit des Kapitalismus hat eine lange Geschichte, die parallel mit wesentlichen Entwicklungsetappen des sozialistischen Denkens und der Arbeiterbewegung verläuft. Sie bildete schon den Kern der Auseinandersetzungen von Marx und Engels mit Proudhon oder Wilhelm Weitling. Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts gaben das kontinuierliche Anwachsen der Arbeiterbewegung und zunehmende parlamentarische Erfolge dem reformistischen Glauben durchaus Anlass. Dennoch haben sich die legalistischen Erwartungen nicht erfüllt, ohne dass sich die Frage nach der Rolle von Reformen im Rahmen sozialistischer Politik dadurch erledigt hätte, wie Rosa Luxemburg nicht müde wurde zu betonen: »Für die Sozialdemokratie besteht zwischen Sozialreform und der sozialistischen Revolution ein unzertrennlicher Zusammenhang, indem ihr der Kampf um die Sozialreform das Mittel, die soziale Umwälzung aber der Zweck ist.« Würde Luxemburg heute auf einer Veranstaltung der Linkspartei auftreten, würde sie Gleiches sagen, wie bei ihrer ersten Rede auf einen SPD-Parteitag: Woran es unserer Politik mangelt, ist die organische Verbindung von reformerischen Aktivitäten mit der Propaganda für das sozialistische Fernziel.

Auseinandersetzungen über solch grundlegende Fragen gab es schon seit den Anfangsjahren der Partei, als sie noch unter dem Namen PDS agierte. Im Grundsatzprogramm von 2003 konnten sich die Protagonisten des Reformismus mit ihren Auffassungen sogar weitgehend durchsetzen – in der Absicht, sich für die SPD »schön zu machen«, um als Koalitionspartner für eine gemeinsame reformistische Politik akzeptiert zu werden.

Nach dem Zusammenschluss mit linken Kräften aus den westlichen Bundesländern (WASG), also nach der Gründung der Partei Die Linke, wurde es zwar stiller um die Positionen der »Modernen Sozialisten« – aber nur aus taktischen Gründen, weil die sozioökonomische Entwicklung wenig Anknüpfungspunkte für die Annahme einer prinzipiellen Reformfähigkeit des Kapitalismus bot. Denn der Zusammenschluss fand ja in einer Zeit statt, als im Rahmen der neoliberalen Umgestaltungsoffensive und mit der Brechstange der Schröderschen Agenda-Politik versucht wurde, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, um die sozialpolitischen Errungenschaften aus der Phase der sogenannten Wirtschaftswunderzeit zu revidieren.

Doch mittlerweile hat sich das Blatt wieder gewendet, denn ein konjunkturelles »Zwischenhoch« hat für eine Kompensation der ärgsten Lohnverluste nach knapp einem Jahrzehnt (vor allem für die Beschäftigten in der Exportindustrie) gesorgt. Für die reformistischen Kräfte im Parteiapparat wurde die veränderte Situation zum Anlass genommen, um ihre mit dem »Moderne«-Konzept legitimierte Strategie der Anpassung wieder verstärkt zur Sprache zu bringen. Aktuelle Interventionen von Dieter Klein und Michael Brie zeugen davon, dass sie

bestrebt sind, ein neues Kapitel in der Auseinandersetzung um die reformistische Ausrichtung der Linkspartei aufzuschlagen. Die »Aufstehen«-Bewegung ist auch als Reaktion auf diese »Rekonstruktionsbemühungen« zu verstehen.

Es ist jedenfalls kein Zufall, dass Dieter Klein sich wieder mit einem Katalog »modernetheoretischer« Positionen zu Wort gemeldet hat und der Faktenlage zum Trotz, dem Kapitalismus erneut demonstrativ eine Zukunftsfähigkeit auf der Grundlage einer systemimmanenten Reformfähigkeit zuspricht: Es wäre ein Fehler, so postuliert Klein im Septemberheft 2016 der Zeitschrift Sozialismus, dass die »deutschen Linken (...) in ihren Kapitalismusanalysen nahezu ausschließlich die Negativseiten des Kapitalismus sehen und progressive Elemente, Institutionen und Praxen als zu gering einschätzen«.

Zu den »evolutionären Potentialen« des Kapitalismus gehört nach dem Kleinschen Postulat auch »der Markt, der trotz seiner sozialen Kälte, ökologischen Blindheit und destruktiven Wirkungen ein unverzichtbarer Innovations- und Allokationsmechanismus« sein soll. Versteckt hinter der Formel (die fast wortgleich auch in Niklas Luhmanns systemtheoretischer Kapitalismusapologie auftaucht) über eine erhaltenswerte »Ausdifferenzierung der Gesellschaft in Gestalt leistungsfähiger Teilsysteme mit eigenständigen Logiken« (Klein), wird dem neoliberalen Glaubensbekenntnis das Wort geredet, dass regulatorische Eingriffe in das wirtschaftliche Geschehen mit Effizienzverlusten bezahlt werden müssten, weshalb auf »unsichere Experimente«, also Gesellschaftsveränderung, verzichtet werden und statt dessen, nach Klein, der »professionell beherrschten Beschaffenheit bürgerlicher Gegenwart« vertraut werden sollte. Worauf Klein mittlerweile immerhin verzichtet, ist die Behauptung, dem Kapitalismus sei eine »strukturelle Friedensfähigkeit« zu eigen, wie er es zu früheren Zeiten als Gipfelpunkt seiner ideologischen Unterwerfungsübungen getan hat.

## Umdenken

Aus dem Dilemma, in das sich die Linkspartei manövriert hat, führt kein Königsweg hinaus. »Schnelle Lösungen« würden nur weiter in die politische Sackgasse hineinführen. Eine intensive Problemdiskussion und gründliche Reflexion der gegebenen politischen Handlungsbedingungen (was nicht mehr und nicht weniger als eine gründliche Beschäftigung mit der Frage erfordert, welchen Charakter die kapitalistische Gesellschaft auf ihrer aktuellen Entwicklungsstufe hat) wird nicht zu umgehen sein. Das setzt eine Lernbereitschaft in allen Lagern, auch bei den Kapitalismuskritikern, voraus, die zwar für die Überwindung der gegebenen Gesellschaftsformation votieren, selten aber überzeugend begründen können, weshalb sie im Interesse einer zivilisierten menschlichen Zukunft erfolgen muss.

Eine kapitalismuskritische Haltung kann das konkrete Wissen über die soziale Selbstdestruktivität und antizivilisatorische Dynamik einer marktvermittelten Gesellschaft nicht ersetzen: Begriffen werden muss, dass der Kapitalismus einen sozialzerstörerischen Systemcharakter besitzt, er sich nicht nur in den ökonomischen, sondern gleichzeitig auch in den sozialen und geistig-kulturellen Sphären reproduziert, und dass durch die Vermittlung des gesellschaftlichen Geschehens über den Marktmechanismus entfremdete Handlungsmuster und verzerrte Orientierungsschablonen erzeugt werden, die alle gesellschaftlichen Ebenen durchdringen.

Entgegen der Behauptung, der Markt sei eine neutrale Vermittlungsinstanz, geht von dessen Wirkungsweise tatsächlich ein repressiver Druck aus, dem die Menschen sich nicht entziehen können. Die »marktwirtschaftliche Moderne« ist trotz objektiver Reichtumsentwicklung (in den Metropolenländern) durch eine unübersehbare »Dynamik« des Lebenskampfes geprägt: Um sozial zu bestehen, müssen die Menschen sich bedingungslos den Zwängen von (Selbst-)Disziplin und Zweckrationalität unterwerfen. Schleichend werden durch die risikokapitalistischen Praxisverhältnisse die menschlichen Eigenschaften zerstört, die für eine zukunftsfähige Sozialentwicklung unverzichtbar sind: Schwindende soziale Kohärenz wird durch individualistische Durchsetzungsstrategien kompensiert. Gesellschaftlichen Desintegrationsprozessen und zivilisatorischen Regressionen (einschließlich der Ausbreitung des rechten Irrationalismus) sind deshalb Tür und Tor geöffnet: Das Zeitalter der Trumps dürfte erst am Anfang stehen. Die weltweit zunehmende Zahl von Amokexzessen ist

ebenfalls ein Symptom soziokultureller Verfallstendenzen. Vieles spricht dafür, dass, wie Rosa Luxemburg es prognostiziert hat, »die Schlussphase des Kapitalismus zu einer Periode der Katastrophen« wird. Jedoch sind diese gesellschaftlichen Selbstzerstörungstendenzen kein unabänderliches »Schicksal«. Wirkungsvoll gegen sie zu kämpfen, setzt jedoch voraus, sie in ihrer ganzen Tragweite überhaupt zur Kenntnis zu nehmen.

Anmerkung:

1 <https://www.die-linke.de/themen/digitalisierung/10-punkte-fuer-eine-digitale-agenda>

Werner Seppmann schrieb an dieser Stelle zuletzt am 9. Mai 2019 über den [Zustand der deutschen Gewerkschaften](#). Soeben ist im PAD-Verlag seine Broschüre »Ist der Kapitalismus überhaupt noch reformierbar? Die Linkspartei zwischen Systemkritik, Reformismus und Selbstaufgabe« erschienen. Sie kann für sechs Euro unter [pad-verlag@gmx.net](mailto:pad-verlag@gmx.net) bestellt werden.

---

<https://www.jungewelt.de/artikel/361071.essay-das-profil-schärfen.html>